

Einwohnerrat lehnt Platz-Kauf ab

Der Bebauungsplan für das Bell-Areal kommt im Krienser Parlament gut an; wenn auch nicht in allen Punkten.



So soll der Platz eingangs des Bell-Areals neben der Krienser Busschleife aussehen.

Stefan Dähler

Es ist für Kriens ein «Jahrhundertprojekt», wie es Bauvorsteher Maurus Frey (Grüne) ausdrückt: Auf dem 38'000 Quadratmeter grossen, alten Bell-Fabrikgelände bei der Busschleife plant die Eigentümerin Logis Suisse bis 2031 eine Überbauung mit rund 520 Wohnungen. Voraussetzung für die Umsetzung ist der Bebauungsplan inklusive Umzonung, der gestern Nachmittag im Einwohnerrat ausführlich während mehrerer Stunden in erster Lesung behandelt worden ist.

Dabei zeigte sich: Die Fraktionen sind dem Vorhaben wohlgesonnen. Gelobt wurde etwa die Planung mit Einbezug der Bevölkerung oder der Mix

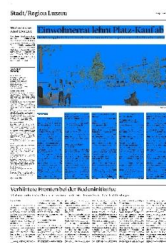
aus Gewerberäumen, gemeinnützigen und Eigentumswohnungen. Doch mit einigen Teilaspekten ist das Parlament nicht einverstanden. Das gilt vor allem für die Absicht des Stadtrats, den «Bell-Platz» eingangs des Areals neben der Busschleife für 1,6 Millionen Franken zu erwerben. Finanziert werden sollte der Platzerwerb mit der Mehrwertabgabe von total 8 Millionen Franken, die die Logis Suisse für die Wertsteigerung durch die Umzonung der Stadt bezahlen soll. Der Einwohnerrat hat einen Bemerkungsantrag mit 18 zu 11 Stimmen überwiesen, der fordert, auf diesen Kauf zu verzichten.

Genug andere Plätze

im Zentrum

SVP, FDP, Mitte und GLP sahen im Platzerwerb keinen Mehrwert. «Es ist bereits festgehalten, dass die Fläche öffentlich zugänglich sein muss», sagte Matthias Erni (FDP) namens der vorberatenden Kommission für Bau, Verkehr und Umwelt. «Mit dem Kauf müsste die Stadt den Platz auch unterhalten, was Kosten verursacht.» Ausserdem gehörten ihr im Zentrum bereits mehrere Plätze wie der Dorfplatz, Stadtplatz, Alex-Wili-Platz oder der Innenhof des Kulturquadrats.

Raoul Niederberger (Grüne) entgegnete, dass der Druck auf den öffentlichen Raum steige. «Darum muss die Stadt diesen



zur Verfügung stellen und über die Spielregeln dort bestimmen können.» Michael Portmann (SP) schlug vor, die Stadt könnte als Kompensation das Grundstück Horwerstrasse 1 verkaufen, dies wäre auch mit der Boden-Initiative vereinbar. Die Mehrheit vermochte er damit nicht zu überzeugen.

Bauvorsteher Maurus Frey (Grüne) sagte dazu, dass eine Vereinbarung mit der Eigentümerin bestehe. Der Verzicht auf den Kauf des Platzes könnte dazu führen, dass die Logis Suisse die Höhe des Mehrwerts bestreitet und neue Schätzungen einfordert. «Der Stadtrat wird sich aber die beste Mühe geben, so viel wie möglich reinzuholen.» Die Logis Suisse gab auf Anfrage keine Stellungnahme dazu ab. Man wolle zuerst mit der Stadt direkt Abklärungen vornehmen.

Parkplatzzahl wird vielleicht leicht erhöht

Wenig überraschend gab auch die Zahl der Parkplätze zu reden – wobei diese Diskussion ziemlich ruhig verlief, was wohl der fortgeschrittenen Zeitdauer geschuldet war. Zur Auswahl standen drei Vorschläge: Der Stadtrat sprach sich für maximal 330 Parkplätze aus, die Grünen forderten eine Reduktion auf 175, die FDP wollte zwischen 330 bis 350 und die SVP maximal 400. Am Ende setzte sich der Antrag der FDP durch. Diese Vorgabe entspricht auch dem ursprünglichen Mobilitätskonzept. Maurus Frey fügte aber an, dass der Kanton die Zahl von 330 nachträglich festgelegt habe. Daher sei möglich, dass er erneut ein derartiges Machtwort spricht.

Diskutiert wurden zahlreiche weitere Anträge. Ebenfalls überwiesen wurde unter anderem einer der Grünen für eine fixe Gewerbefläche von mindestens 20 000 Quadratmetern in den zwei vorderen Teilberei-

chen des Areals. Damit steigt der Mindest-Gewerbeanteil an der Gesamtnutzfläche auf rund 23 Prozent; vom Stadtrat vorgeesehen waren 20. Man befürwortete zwar, dass möglichst viel Gewerberaum entstehen soll, allerdings sei die Nachfrage in dieser Preisklasse tief, was sich bereits beim Nidfeld-Areal gezeigt habe, sagte Frey. Dem hielt Peter Stofer (Grüne) entgegen, dass man Gewerberaum einfordern müsse.

Weiter überwiesen wurde ein Antrag der Mitte für ein Spielraumkonzept «mit spezifischen Spielangeboten für verschiedene Altersgruppen», so die Formulierung. Ausserdem will der Einwohnerrat, dass möglichst viele Solaranlagen realisiert werden. Der entsprechende Antrag der Kommission für Bau, Verkehr und Umwelt konnte ebenfalls eine Mehrheit überzeugen.